



COVID-19

Die Krise trifft uns alle – gleich?

Politik für und mit Jugendlichen in der Corona-Pandemie

Lukas Daubner, Kerstin Ott, Franziska Schmidtke

Wie geht es jungen Menschen in der andauernden Pandemie? Was brauchen sie und was erwarten sie von der Politik? Verantwortliche aus Jugendpolitik, Jugendforschung, Jugendarbeit und junge Menschen als Expert_innen in eigener Sache haben in einem Online-Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de/Ink/ungehoert) Vorschläge für einen jugendgerechten Weg aus der Corona-Krise zusammengetragen. Vier Handlungsfelder sind dabei besonders wichtig: **Jugendbeteiligung, Übergänge zwischen Schule und Beruf, Schule und Lernen** sowie der **Ausgleich sozialer Härten**. Die Corona-Zeit zeigt einmal mehr: eine Politik für Jugendliche muss eine Politik mit jungen Menschen sein. Ihre verbindliche Mitsprache ist wichtig für eine solidarische und gerechte Politik in und nach der Pandemie.

The screenshot shows a Padlet board with the following content:

- #Übergänge Schule und Beruf**
 - Forderungen
 - #Übergänge Schule und Beruf PolicyLab fes Thüringen
- #Digitalisierung und digitales Lernen**
 - Forderungen
 - #Digitalisierung und digitales Lernen PolicyLab fes Thüringen
 - Forderung I: zeitgemäßes Lernen
 - > Individualisierung des Lehrens und Lernen (Wechselmodell)
- #Ausgleich sozialer Härten**
 - Jugendliche brauchen Freiräume und Möglichkeiten für soziale Kontakte
 - digitale Infrastruktur und Endgeräte müssen für alle zugänglich sein
 - eine verbindliche Beteiligung

The board also features a large hand-drawn mask graphic and the text 'COVID-19'. On the right side, there is a vertical video call interface with participants: diana lehmann, Kerstin Ott, Simone Riehl, Paul Stich - SJ Ös, Kilian Röpeter, and Eva-Maria Hol.

Schnell wurde in der Pandemie klar: Niemand ist vor dem Corona-Virus sicher – Solidarität und Zusammenhalt sind gefragt. Doch wir haben auch gelernt, dass uns die Pandemie sehr unterschiedlich trifft. Für viele ging und geht es um ihre gesundheitliche oder wirtschaftliche Existenz, für andere um Entwicklungsmöglichkeiten und Lebensperspektiven und wiederum für manche hat sich das Leben mit sicherem Gehalt ‚schlicht‘ in ein schönes Zuhause mit Garten verlegt.

So unterschiedlich die Auswirkungen auch sein mögen, für Jugendliche insgesamt war und ist die Pandemie mit enormen Einschränkungen verbunden. Ihr Leben fand über Monate vor allem zuhause statt. Das, was die Lebensphase „Jugend“ ausmacht – loslösen von den Eltern, mit Freund_innen Zeit verbringen, sich ausprobieren, persönlich oder in der beruflichen Orientierung, eigene Wege einschlagen und lernen für sich und andere Verantwortung zu übernehmen – war über weite Strecken kaum möglich. Freizeitangebote, aber auch Ausbildungs- und Praktikumsmöglichkeiten sind weggefallen, Gewalt in Familien hat während des Lockdowns zugenommen. Für junge Menschen ging es also nicht einfach um eine Störung des Alltags, sondern um wichtige Entwicklungsmöglichkeiten und ihr konkretes Wohlbefinden. Die Folgen sind deutlich spürbar: So gaben in der JuCo-Studie (Andresen et al. 2021: 33) jeweils rund zwei Drittel der befragten jungen Menschen an durch die Pandemie psychischen Belastungen ausgesetzt zu sein, Zukunftsängste und Einsamkeit zu verspüren.

„Es waren und sind es bis heute die Kinder und Jugendlichen, die quasi am strengsten reguliert worden sind. Deren Schulbetrieb ist einfach ausgefallen, Werkshallen haben wir nie geschlossen.“

Sönke Rix, MdB, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im FES-Online-Dialog „Ungehört!“



In der öffentlichen Wahrnehmung und Berichterstattung gab es zunächst nur wenig Verständnis für die Not junger Menschen in der Pandemie. Es dominierten Bilder von Jugendlichen als Risiko und Pandemietreiber_innen. So wurde über verantwortungsloses Fei-

ern in öffentlichen Parks oder die Bildungslücken der ‚verlorenen Generation‘ berichtet. Kaum wahrgenommen wurde dagegen, wie groß das Verantwortungsbewusstsein, die Solidarität und die enormen Anpassungsleistungen bei der Mehrheit der jungen Menschen während der Corona-Pandemie waren und wie gering dagegen die Mitgestaltungsmöglichkeiten der so massiv betroffenen Generation sind.

„Ich vermisse es auch in Clubs zu gehen. Ohne die Möglichkeit raus zu gehen, mal auf den Putz zu hauen und richtig abzufeiern, gehen viele Menschen noch weniger raus als eh schon ... An sich sind die momentanen Schutzmaßnahmen aber (meiner Meinung nach) zu lasch.“

O-Ton aus der Jugendbefragung JuColl (Fragt uns 2.0!): 7)

Was Jugendliche wollen und brauchen

„Gut wäre es, wenn man zu einer Jugendpolitik käme, die sagt: Wir vertrauen jetzt mal der Jugend und wir geben Heranwachsenden wirklich eine andere Form der Jugendsicherung, damit sie selbst bestimmen können, wie sie ihre Erfahrungen aufarbeiten.“



Prof. Dr. Wolfgang Schröder im FES-Podcast „Zukunft gerecht“, Universität Hildesheim, JuCo-Co-Autor und Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums

Jungen Menschen ist es wichtig, dass gesehen wird, was sie in der Krise geleistet und geschafft haben, wie verantwortungsvoll und solidarisch sie gehandelt, wo sie zurückgesteckt haben und wo sie selbst jetzt Unterstützung und Ausgleich benötigen. Sie möchten gehört werden mit ihren Sorgen, aber auch mit ihren Ideen und Vorschlägen für einen guten Weg aus der Pandemie. Doch schieben und scheinen die Belange von Jugendlichen nicht im Fokus der politischen Agenda zu stehen. Ganze 90 Prozent der für die JuCo-Studie Befragten gaben an, dass

„Es geht um Homeoffice, Wirtschaft, einkaufen und Noten. Aber unsere Gefühle und was das für uns bedeutet? Pfff.“

O-Ton aus der Jugendbefragung JuColl, (Andresen et al. 2021: 22)

ihre Sorgen gar nicht oder nur teilweise gehört würden

(vgl. Andresen et al. 2021: 15). Schon einzelne Schlaglichter auf den aktuellen Alltag junger Menschen bestätigen diesen Eindruck: Schulen sind nach wie vor nur unzureichend ausgestattet – es sei nur an die Luftfilter-Diskussion erinnert, weitgehend gilt der Standardlehrplan, es gibt nicht genug Raum für individuelles Aufholen im Unterricht und Freizeitangebote finden weiterhin in nur eingeschränktem Maße statt.

Ein kleiner Lichtblick ist das im Mai 2021 von der Bundesregierung beschlossene Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“. Mit einem Finanzvolumen von zwei Milliarden Euro sollen befristet für 2021 und 2022 Lernrückstände abgebaut, die frühkindliche Bildung gestärkt, Freizeit- und Ferienaktivitäten sowie weitere außerschulische Angebote gefördert werden. Nicht nur die schulischen Anliegen, sondern auch die Bedürfnisse nach Zusammensein und emotionaler Entlastung von Jugendlichen sind berücksichtigt. Doch was vielen jungen Menschen fehlt, um sich und ihren Anliegen nachhaltig Gehör zu verschaffen, fehlt auch den Aufholmaßnahmen: Mehr Mitsprachemöglichkeiten.

Ausgleich, Anerkennung und Beteiligung junger Menschen sind daher dringend nötig, damit die Belastungen die Lebensläufe der Betroffenen nicht auf Dauer prägen. Die hier gebündelten Politikvorschläge wurden von Aktiven aus Jugendverbänden, Schüler_innenvertretungen, Gewerkschaften und Initiativen zusammen mit Wissenschaftler_innen und Politiker_innen auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni 2021 erarbeitet. Die Forderungen bündeln die Erfahrungen und Perspektiven dieser unterschiedlichen Akteure entlang von vier Handlungsbereichen: „**Jugendbeteiligung**“, „**Übergänge**“, „**Schule und Lernen**“ sowie „**Soziale Härten ausgleichen**“.

„Diese Zeit, die wir jetzt erlebt haben, die bekommen wir nicht wieder – Jugendlichen steht es zu jetzt eine Kompensation zu erhalten.“

Almut Grossmann, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende im FES-Onlinedialog „Ungehört!“



Die Gliederung verdeutlicht die Notwendigkeit Jugendpolitik nicht nur als Bindestrich-Geschäft zu betrachten, sondern Jugend als eigenständige Lebensphase zu verstehen und Jugendlichen Mitsprache zu ermöglichen. Zu oft sind Programme und politische Ansätze familien-, bildungs-, freizeit- oder wirtschaftspolitisch gedacht. Stattdessen müssten die Ansätze stärker verzahnt, aufeinander abgestimmt und mit jungen Menschen gemeinsam gestaltet werden. Nach den Belastungen durch die Pandemie ist es jetzt dringend erforderlich aus den bereits lange bestehenden sowie neuen Forderungen endlich handfeste Politik werden zu lassen.

Jugendbeteiligung: verbindlich, krisenfest und umfassend

„Wir haben gute Erfahrungen gemacht mit verschiedenen Formaten der Jugendbeteiligung. In der Pandemie musste aber viele Gremien ihre Beratungen aussetzen. Wir müssen uns jetzt bemühen, die Jugendbeteiligung breit aufzustellen und weiterzuentwickeln.“



Diana Lehmann, MdL, familienpolitische Sprecherin der SPD Thüringen im FES Online-Dialog „Ungehört!“

Junge Menschen sind Expert_innen ihres Alltags und wollen mit ihren Erfahrungen, Ideen und Vorschlägen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen gehört werden, sich einbringen und so mitgestalten – in der Pandemie, aber auch grundsätzlich. Sie wissen meist sehr genau, was gut läuft und was nicht. Die etablierten Formate zur Beteiligung von Heranwachsenden sind jedoch mit dem Aufkommen der Corona-Pandemie kollabiert. Jugend- und Studierendenparlamente,

„Jugendliche hatten sich rasch an eine sogenannte neue Normalität zu halten und sich dieser unterzuordnen.“



Vincent Sipeer, Vorsitzender des Dachverbands kommunaler Jugendvertretungen im FES-Onlinedialog „Ungehört!“

Auszubildendenvertretung, Schüler_innenvertretungen, Fachschaften und weitere mehr haben vom einen auf den anderen Tag nicht mehr getagt.

Die Corona-Krise ist hinsichtlich der Mitbestimmung junger Menschen ein Rückfall in vergangene Zeiten. Das BMFSJ wurde erst spät in das ‚Corona-Kabinett‘ geholt, in kaum einem kommunalen Krisenstab waren Jugendliche vertreten und es hat lange gedauert, bis entsprechende Gremien wie Jugendhilfeausschüsse digitale Sitzungen etabliert und ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Dabei darf Beteiligung kein beliebiges Gut sein, das in Krisenzeiten ausgesetzt wird. Es werden verbindliche Formate zur Partizipation benötigt. Beteiligung muss als Bestandteil von Krisenbewältigung verstanden und eingelöst werden. Sie hilft den Betroffenen selbst und macht psychisch stark, ist aber auch wichtig für die Entwicklung von gesellschaftlichen Problemlösungen.

In einer Onlinebefragung des SORA-Instituts, Wien, wurden Jugendliche in der Pandemie befragt, was sie zum Glückhsein brauchen. Die drei wichtigsten Nennungen waren: Freund_innen (92%), Musik (90%) und an dritter Stelle das Recht zu wählen (79%) (vgl. SORA 2021).

Kinderrechte ins Grundgesetz!

Die unzureichende rechtliche Verankerung von Jugendbeteiligung ist ein Grund dafür, dass die Vorschläge und Probleme von jungen Menschen kaum zu den Entscheider_innen in Politik, aber auch in Bildungseinrichtungen durchdringen. Die geringe politische Relevanz junger Menschen ist in der Corona-Krise besonders deutlich geworden. Daher ist eine zentrale Forderung die Aufnahme von expliziten Kinderrechten in das Grundgesetz, um deren Rechte auf Schutz, Förderung, Entwicklung und Mitsprache als besondere Bedürfnisse gesetzlich stärker zu verankern. Im SGB VIII sowie in der UN-Kinderrechtskonvention ist es zwar bereits verbrieftes Recht für Kinder und Jugendliche beteiligt zu werden, doch eine Aufnahme von Kinderrechten in unsere Verfassung würde die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Heranwachsenden und ihre Beteiligung als Leitlinie für alles staatliche Handeln

formulieren und hat damit im Grundgesetz als unserer Wertordnung ihren Platz.

Wahlalter senken!

Seit langer Zeit fordern politische Akteure und Jugendvertreter_innen das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Gerade jetzt, da sich Jugendliche besonders schlecht gehört und repräsentiert fühlen, wäre der Zeitpunkt günstig die Forderung umzusetzen und so zu zeigen, dass auch junge Menschen mit ihren Anliegen der Politik in Deutschland wichtig sind. Außerdem können so junge Menschen früh für Politik interessiert werden. Jugendlichen kann zugetraut werden eine informierte politische Entscheidung zu treffen. Ein niedrigeres Wahlalter kann dazu beitragen, dass gesellschaftliche Ungleichgewicht einer zunehmend alternden Gesellschaft etwas auszugleichen. Zudem zwingt es politische Entscheider_innen sich stärker mit den Belangen junger Menschen auseinanderzusetzen sowie Angebote für sie und mit ihnen zu entwickeln.

Voraussetzungen für breite Beteiligung schaffen

Schulen sind und sollten Orte der Demokratie sein: Argumente formulieren, mit Gegenrede umgehen, Kompromisse aushandeln. Je eher das gelernt wird, desto besser für die demokratische Gesellschaft. Junge Menschen – wie im Übrigen auch ältere – müssen dazu befähigt werden sich einzubringen und mitzuentcheiden. Neben politischer Bildung in der Schule (entweder als Querschnittfach oder als Schulfach) oder in der Jugendarbeit ist das praktische Erleben von ernsthafter Partizipation nötig. Dazu müssen zum einen die Beteiligungsangebote so gestaltet werden, dass sie kinder- und jugendgerecht sind und junge Menschen in ihrem sehr unterschiedlichen Verhältnis zu Politik breit erreichen. Zum anderen müssen aber auch Bildungsinstitutionen und Verwaltungen auf die Zusammenarbeit mit Jüngeren eingestellt sein. Das bedeutet auch, dass Erwachsene die Vor-

„Die Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss ist furchtbar für junge Menschen“

O-Ton eines Veranstaltungsteilnehmers
FES-Online-Dialog „Ungehört“

schlüsse von Jugendlichen ernst nehmen. Jugendstudien zeigen, dass junge Menschen verstehen, warum es Einschränkungen gibt und dass die Welt komplex ist.

Sie erwarten aber Begründungen und wollen nicht einfach mit einem Hinweis auf ihr Alter oder ihre mangelnde Erfahrung abgespeist werden.¹

„Wie der weitaus größte Teil der Jugendlichen halten auch wir die Corona-Maßnahmen für richtig. Etwas gegen die Ausbreitung der Pandemie zu tun, auch Einschränkungen in Kauf zu nehmen, das ist eine Frage der Solidarität der gesamten Gesellschaft. Zu dieser Gesellschaft gehören wir dazu. Uns ist auch klar, dass man in einer Ausnahmesituation schnell Entscheidungen treffen muss und es auch nicht allen recht machen kann. Aber wie man die Maßnahmen umsetzen kann, da möchten wir mitreden. Mit dem Virus kann man nicht verhandeln, mit uns schon.“

Aus dem Abschlussplädoyer der Jugendexpert_innen zur Jugendbefragung JuColl (Fragt uns 2.0!: 21).

Digitalisierung kann helfen

Jugendliches Leben ist hochgradig digitalisiert. Ganze 99 Prozent besitzen ein eigens internetfähiges Endgerät (vgl. Fragt uns 2.0: 5). Freund_innen Treffen, Spielen, Einkaufen, Informieren und vieles mehr spielt sich im Internet ab. Somit ist in den vergangenen Jahrzehnten ein Ort neben der Schule geschaffen worden, an dem nahezu alle jungen Menschen erreichbar sind. Der digitale Raum muss auch dafür genutzt werden Jugendbeteiligung zu erleichtern und zugänglich zu machen. Einfach zu nutzende, datenschutzkonforme und ansprechende Tools können Beteiligungsverfahren in Schulen oder Kommunen vereinfachen. Umfragen unter Jugendlichen können so mehr und vor allem vielfältigere Teilnehmende erreichen. Dasselbe gilt für stärker institutionalisierte Beteiligungsformate wie Jugendparlamente oder auch Sitzungen von politischen Gremien.

Übergänge

Ein zentrales Merkmal der Lebensphase Jugend besteht aus Übergängen: Der Übergang ins Erwachsenenleben

¹ Dass das Bedürfnis junger Menschen sich während der Corona-Zeit Gehör zu verschaffen groß war, wird auch dadurch deutlich, dass die Beteiligung bei den unterschiedlichen Jugendstudien sehr hoch war und die sonst unbeliebten Freiflächen für schriftliche Antworten rege genutzt werden.

insgesamt aber auch – und besonders prägend – der Übergang in die Berufsaustätigkeit über Ausbildung oder Studium. Je komplexer Lebensläufe werden und je größer die Auswahl an Studiengängen oder Berufsausbildungen ist, desto größer ist der Druck den „richtigen“ Weg einzuschlagen. Noch mehr als sonst sind die Übergänge durch die Corona-Zeit von großer Unsicherheit geprägt. Neben drastischen wirtschaftlichen Folgen in vielen Branchen haben viele Unternehmen ihre Ausbildungsprogramme ausgesetzt oder gestrichen, Praktika und andere Orientierungs- und Beratungsangebote sind ausgefallen, in der Prüfungsvorbereitung wurde improvisiert.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Mischung aus fehlenden Informationen sowie mangelnden Angeboten bei zwei Drittel der Befragten der JuCo-Studie Zukunftsängste ausgelöst hat (vgl. Andresen et al. 2021: 33). Weitere Sorgen bereitet die Angst, die begonnene Ausbildung nicht abschließen zu können. Zudem wurden in Deutschland 2020 erstmals unter 500.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen (vgl. BIBB 2021: 43). Umso wichtiger ist es, junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenwerden zu unterstützen. Sie benötigen vielfältige Informationen sowie Möglichkeiten, um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Außerdem muss über eine Ausbildungsplatzgarantie und Ausbildungsförderungen gesprochen werden.

Mehr (digitale) Beratung

Berufsberatungs- und Orientierungsangebote junger Menschen in den Schulen und Arbeitsagenturen können zurzeit nur eingeschränkt stattfinden. Gerade für diejenigen, die einen erhöhten Beratungsbedarf aufweisen, kann dies zu folgenschweren Nachteilen führen. Daher ist es wichtig die Beratungsangebote auszuweiten. Hierfür sollten die sozialen Medien stärker genutzt werden, um Beratungen online durchzuführen, oder andere kreative Wege gefunden werden die wichtigen Angebote abzusichern. Des Weiteren müssen niedrigschwellige Hilfsangebote für psychische, soziale oder ökonomische Probleme für alle erreichbar sein, die Unterstützung benötigen.

Perspektiven sichern: FSJ, Praktika, Ausbildung

Gerade Jugendliche und junge Erwachsene, deren Perspektiven durch die Pandemie stark eingeschränkt wurden, brauchen Möglichkeiten sich auszuprobieren sowie Ideen und Impulse für ihren Lebensweg. Die unterschiedlichen Freiwilligendienste können diese Funktion übernehmen. Sie ermöglichen es Neues auszuprobieren und Abstand zu Eltern und Schule zu bekommen.

Daneben sind Praktika ein wichtiger Weg ins Berufsleben einzutauchen, teils verpflichtende Bestandteile von Studium oder Ausbildung und oft auch Türöffner in eine Beschäftigung. Gerade für Jugendliche mit schlechten Noten oder fehlenden Sprachkenntnissen sind Praktika der Schlüssel, um einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Allerdings haben während der Pandemie Betriebe weniger oder gar keine Praktika angeboten.

„Die Corona-Krise darf nicht zu einer Lebenskrise einer ganzen Generation werden. Die Politik darf vor den sinkenden Ausbildungszahlen nicht die Augen verschließen“



Eric Schley, DGB Jugendsekretär NRW im FES-Online-Dialog „Ungehört!“

Ebenso sieht die Situation auf dem Ausbildungsmarkt nicht sehr gut aus. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage hat sich durch Corona noch verschärft: Auf der einen Seite können Betriebe, die noch Ausbildungsplätze anbieten, diese nicht besetzen. Gleichzeitig suchen viele junge Menschen händeringend einen Ausbildungsplatz. Nach einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung plant zudem jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb keine Ausbildungsplätze neu zu besetzen (vgl. IAB 2021). Dies wäre für die Perspektive der jungen Menschen und für die Fachkräftesicherung gleichermaßen fatal. Eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie könnte Abhilfe schaffen. Die Idee dahinter ist, dass Betriebe ab einer gewissen Größe in einen Fonds einzahlen. Aus diesen Mitteln werden dann stufenweise betriebliche Ausbil-

dung, Verbund- und Auftragsausbildung sowie außerbetriebliche Ausbildung bei einem Träger finanziert. Eine gemeinsame Anstrengung von Betrieben, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und den verschiedenen politischen Ebenen ist nötig, um zu gewährleisten, dass ein nachhaltiges Angebot an Ausbildungsplätzen bestehen bleibt. Das ist ebenso im Interesse der Wirtschaft wie im Interesse derjenigen Jugendlichen, die kein Studium anstreben.

BAföG-Reform

Die Pandemie hat die finanzielle Situation vieler junger Menschen verschärft. Nebenjobs sind weggebrochen, oder Eltern können weniger Unterstützung leisten. Es droht Gefahr, dass Mieten nicht mehr bezahlt werden können, oder Auszubildende und Studierende ihre Ausbildung oder ihr Studium pausieren, sogar abbrechen müssen. Gerade für diese sind jetzt bedarfsgerechte finanzielle Hilfen wichtig. Die Situation ist paradox: Trotz steigendem Bedarf und immer mehr Studierenden beziehen immer weniger Berechtigte BAföG.

Eine Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes ist also dringend nötig. Gerade in Corona-Zeiten ist eine Förderung nötig, die den tatsächlichen Bedarfen besser entspricht, mehr Studierende und Schüler_innen erreicht und durch längere Förderzeit auch auf die besondere Studiensituation in der Pandemie Rücksicht nimmt.

Angemessene Prüfungsanforderungen und -vorbereitung

Zwischen- und Abschlussprüfungen haben weitreichende Folgen für die Zukunft junger Menschen. Sie eröffnen Möglichkeiten, können sie aber auch verbauen. Daher ist ein angemessener Umgang mit der außergewöhnlichen Situation angebracht. Der Lernstoff musste im Lockdown überwiegend alleine erarbeitet werden, Lerngruppen konnten sich nicht treffen, Auszubildende konnten zudem vielfach ihre praktischen Prüfungen im Betrieb nicht, oder nur eingeschränkt vorbereiten.

Insgesamt ist infolge der Corona-Regelungen in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen viel Unterricht ausgefallen. Prüfungsanforderungen und Leistungsbe-

wertungen müssen die schwierige Lernsituation in der Pandemie berücksichtigen, z. B. indem mehr Prüfungsaufgaben zur Wahl gestellt, Prüfungstermine verschoben werden, so dass eine gute Vorbereitung sichergestellt werden kann, oder angepasst wird, was für die Leistungsbewertung zählt. Geprüft werden soll zudem nur, was im Unterricht erarbeitet wurde (vgl. FES 2021: 5).

Schule und Lernen in der Pandemie

Eineinhalb Jahre Pandemie haben immer wieder zu drastischen Einschränkungen des Bildungsbetriebs geführt. Wie normal das kommende Schuljahr werden wird, ist offen. Ein Blick auf die einzelnen Schüler_innen und ihre Bedarfe, eine Sicherung von gutem digitalen Lernen und ein Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen ist jetzt wichtig.

„Es kann nicht nur um das Lernen an sich gehen, insbesondere der psychosoziale Bereich ist jetzt ganz besonders wichtig ist.“

Unter dem Titel „Lehren aus der Pandemie: Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern“ hat das Netzwerk Bildung der FES im Januar 2021 eine Stellungnahme von Bildungsexpert_innen zum Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen in und nach der Pandemie veröffentlicht.

Dr. Martin Pfafferott, FES Netzwerk Bildung
im FES-Podcast „Zukunft gerecht“



Corona hat noch einmal deutlich gezeigt, dass die Digitalisierung im deutschen Bildungssystem ungenügend umgesetzt ist. Es geht dabei nicht nur um die technische Ausstattung der Lehrkräfte und Schüler_innen – auch wenn das eine nicht überall bestehende zentrale Voraussetzung ist. Deutlich wurde vielmehr, dass sich viele Lehrkräfte mit digitalen Formaten schwertun. Erschreckende 53 Prozent der Berufsschüler_innen sind etwa unzufrieden mit der Qualität des Distanzunterrichts sowie mit der digitalen Ausstattung (vgl. DGB-Jugend 2021: 16). Dabei bieten digitale Lehr- und Lernformate

große Chancen: Der Unterricht kann stärker an den individuellen Stärken und Schwächen der Schüler_innen ausgerichtet und unterschiedliche Medien können zur Vermittlung von Wissen eingesetzt werden.

Um die notwendigen Bedarfe zu decken, braucht es Vereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die Technologien, Stellen und Fortbildungen dauerhaft finanzieren. Darüber hinaus müssen digitale Lehr- und Lernmaterialien entwickelt und bereitgestellt sowie deren Qualität gesichert werden. Auch hier ist eine Kooperation der politischen Ebenen und eine pragmatische und zügige Umsetzung dringend nötig.

Digitale Lern- und Lehrmittel

„Die Pandemie hat in vielen Bereichen wie ein Brennglas einen Fokus auf die bestehenden Probleme wie die Digitalisierung und den Lehrermangel gelegt. Daraus ergibt sich nun die Chance für die Politik diese Baustellen ernst zu nehmen und ihre Maßnahmen dementsprechend zu reformieren.“



Yannick Becker, Landesschüler_innenvertretung Rheinland-Pfalz im FES Online-Dialog „Ungehört!“

Es ist erstaunlich, aber auch im Jahr 2021 lautet eine wichtige bildungspolitische Forderung weiterhin: Es muss sichergestellt werden, dass ausreichend Lernendgeräte für alle Schüler_innen sowie eine funktionierende, leistungsfähige, schulische IT-Infrastruktur bereitgestellt werden. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, dass datenschutzkonforme Software zum Einsatz kommt, bei Bildungsmaterialien die Urheberrechte geklärt sind und Ressourcen bereitstehen, um die Endgeräte administrativ zu betreuen. Anstelle vieler lokaler Lösungen müssen Länder und Kommunen gemeinschaftliche Lösungen entwickeln. Finanzielle Mittel stehen durch den Digitalpakt von Bund und Ländern sowie durch Sonderprogramme grundsätzlich ausreichend zur Verfügung. Allerdings sind die Beantragungprozesse komplex und voraussetzungsvoll. Für einen beschleunigten Mittelabfluss müssen diese Verfahren an die Realität von Schulen angepasst werden.

Für eine sinnvolle Digitalisierung von Bildung ist es notwendig, dass Didaktik, IT-Infrastruktur, Software sowie administrative Pflege von Soft- und Hardware zusammengedacht werden.

Lehrkräftefortbildung zu digitalem Lernen

In einer sich sehr schnell wandelnden (Lehr- und Lern-) Welt besteht die Notwendigkeit, dass Lehrkräfte sich fortbilden. Das ist bei digitalen Technologien noch einmal besonders sinnvoll, weil es hier nicht nur um die technische Befähigung, sondern um eine veränderte Didaktik im digitalen Lernen hin zu selbstbestimmtem Arbeiten geht. Verpflichtende Fortbildungen sollten ernsthaft in Betracht gezogen werden. Zugleich muss das Fortbildungsangebot für Lehrende zu digitalen Formaten bedarfsgerecht ausgebaut und differenziert werden. Ebenso sollten – dort, wo es noch nicht der Fall ist – innerschulische Initiativen zum Austausch über Lehrerfahrungen organisiert werden. Außerdem können Schul- und Stufenleitung Lehrer_innen dazu motivieren ‚Team-Teaching-Einheiten‘ durchzuführen. Auf diese Weise kann der Austausch im Kollegium verstärkt werden.

„Es ist ein Kulturwandel im Lernen, wenn wir sehr stark auf Digitalisierung und freies Lernen setzen.“

Judith Holle, pädagogische Leitung von beWirken e.V. im FES-Online-Dialog „Ungehört!“



Für alle Fälle: Didaktik im Wechselmodell

Es ist offen, wie das Pandemiegeschehen den Unterricht im Schuljahr 2021/2022 beeinträchtigt. So stellt die FES bereits in einer Stellungnahme zum Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen in der Pandemie fest: „Es hat sich gezeigt, dass besonders sozial benachteiligte Schüler_innen ebenso wie jene mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Phasen von Wechsel- und Fernunterricht verbindliche Wochen- und Stundenpläne benötigen sowie eine feste Ansprechperson, die kontinuierlich – wenn möglich täglich – persönlichen Kontakt hält. Längere Phasen fehlender schulischer

Präsenz, sind daher zu vermeiden. Insgesamt ist das teilweise Wechselmodell dem wochenweisen vorzuziehen. Schüler_innen mit besonderen Belastungen sollten in stabilen Kleingruppen von bis zu vier Personen täglich beim Fernunterricht durch Studierende oder pädagogische Fachkräfte betreut werden können“ (FES 2021: 5).

Für alle Fälle sollte ein Unterrichten im Wechselmodell didaktisch bewusst gestaltet sein: Zeiten schulischer Präsenz sollten vor allem zum gemeinsamen Lernen genutzt werden. Klassenarbeiten, Tests und Klausuren sollten reduziert werden können, wenn Präsenzunterricht in großem Umfang ausfällt. Themen, die ausschließlich im Fernunterricht erarbeitet werden, sollten zumindest in der Primar- und Sekundarstufe I nicht Gegenstand von Leistungsüberprüfungen sein. Auch das ‚Sitzenbleiben‘ sollte für die Zeit der Corona-Krise vermieden werden.

Soziale Härten ausgleichen

Relativ schnell ist im vergangenen Jahr deutlich geworden, dass arme Familien vom Virus und den gesellschaftlichen Folgen deutlich härter getroffen werden, als es bei sozio-ökonomisch Bessergestellten der Fall ist. Finanzielle Sorgen verschärfen Probleme wie Einsamkeit, psychische Belastungen und kumulieren in Zukunftsängsten (vgl. Andresen et al. 2021: 31 ff.). Bei den oft mehrfach Betroffenen ist es jetzt nötig genau hinzuschauen und deren Bedarfe zu ermitteln. Die Sorge ist, dass ansonsten unaufholbare Lücken entstehen: Können sich die einen Nachhilfe, Ferienbetreuung und Urlaube leisten, ist das vielen anderen nicht möglich. Die bereits bestehende Ungleichheit in der Gesellschaft wird jetzt besonders deutlich. Daher sind Ausgleichsleistungen dringend nötig.

Dies ist umso wichtiger geworden, als dass viele Jugendliche durch die coronabedingte Schließung von Schulen und offenen Freizeitangeboten vom ‚Radar‘ der Jugendsozialarbeit verschwunden sind. 50 Prozent der Jugendlichen geben beispielsweise an, dass ihr verändertes Freizeitverhalten durch den Wegfall von Angeboten begründet ist (vgl. Andresen et al. 2021: 33). Um eine Chance zu haben zu den ‚abgehängten‘ Jugendlichen wieder Kontakt aufzubauen, sind Kontakt-

stellen nötig, die die Belange junger Menschen explizit im Blick haben.

Kindergrundsicherung

„Während Corona ist die soziale Schere noch weiter aufgegangen. Dieser Zustand ist unerträglich, deswegen brauchen wir schnell eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung.“



Diana Lehmann, MdL, familienpolitische Sprecherin der SPD Thüringen auf twitter

Die Kindergrundsicherung allein kann nicht alle Probleme von Armut lösen. Sie kann aber einen wichtigen Beitrag gegen Kinderarmut leisten. Neben einer guten und kostenfreien Infrastruktur für Kinder und Jugendliche ist eine Bündelung und bedarfsgerechte Verteilung der Unterstützungsleistungen wichtig, um ein gutes Aufwachsen für alle Kinder zu sichern. Bedürftige Familien waren vom Wegfall des kostenfreien Schulessens hart getroffen, digitale Lernmittel kamen spät und ein Ausgleich für gestiegene Alltagskosten wie z.B. auch für Masken mussten erst erstritten werden. In der Pandemie wurde noch einmal deutlicher, dass ein verbessertes und vereinfachtes System der Grundsicherung gerade auch für Kinder- und Jugendliche nötig ist.

Corona-Familienhilfen und Aufholpaket bedarfsgerecht gestalten

Die Bundesregierung hat bereits eine Einmalzahlung von 100 Euro für Kinder und Jugendliche aus armen Familien beschlossen. Diese soll zur Ferien- und Freizeitgestaltung genutzt werden, um damit einen Beitrag zu leisten Versäumtes nachholen zu können. Weitere finanzielle Mittel für benachteiligte Familien sind nötig, um es deren Kindern- und Jugendlichen zu ermöglichen Angebote wahrzunehmen. Weitere Unterstützungen können beispielsweise Feriengutscheine sein. Auch wenn der Sommer und die Sommerferien für viele eine Erholung von den Wochen und Monaten in den engen vier Wänden war, ist es nicht ausgeschlossen, dass es im Herbst erneut zu strengeren Corona-Regeln

kommt. Daher wäre ein Feriengutschein eine Möglichkeit, um Betroffenen die Möglichkeit zur Erholung und zum ‚Tapetenwechsel‘ zu geben.

Kinder- und Jugendschutz

Die Pandemie hat gezeigt, dass der Kinder- und Jugendschutz gestärkt werden muss. Beispielsweise hat häusliche Gewalt auch zu Lasten von Kindern und Jugendlichen während des Lockdowns zugenommen. Ansprechpersonen außerhalb der Familie waren schwer erreichbar, Hausbesuche des Jugendamts oder Jugendsozialarbeiter_innen konnten nicht mehr stattfinden. Um Jugendlichen in prekären Situationen zu unterstützen, sind beispielsweise digitale, verbindliche sowie regelmäßige Ansprechmöglichkeiten notwendig.

„Hotlines hatten Hochkonjunktur [...] da gab es sehr viel Belastendes. Nicht unbedingt körperliche Gewalt, sondern auch Stresssituation und verbale Gewalt, die den jungen Menschen zu schaffen gemacht haben.“



Sönke Rix, MdB, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im FES-Online-Dialog „Ungehört!“

Auch werden Konzepte benötigt, um das Internet zu einem sichereren Raum für junge Menschen zu machen. Die ‚Screen-Time‘ dieser hat sich während der Corona-Zeit noch einmal deutlich verlängert: Knapp 86 Prozent der in der JuCo-Studie Befragten verbringen mehr Zeit online als vor Corona (vgl. Andresen et al. 2021: 32). Das Internet ist für die junge Generation Treffpunkt, Ort zum Austausch, Spielen, Lernen und vieles mehr. Gleichzeitig bestehen dort – wie in der analogen Welt – Gefahren. Neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen bedarf es im digitalen Kinder- und Jugendschutz weiterer pädagogischer Konzepte zur Gefahrenprävention. Um die wichtigen Ziele des Jugendmedienschutzgesetzes auch umzusetzen, sind entsprechend geschulte Fachkräfte sowie Hilfestellungen für Eltern nötig. Erwachsene müssen lernen zu verstehen, welchen Stellenwert das Internet für die junge Generation hat, wo möglicherweise Gefahren lauern und wie diese erkannt werden können.

Jugendräume offenhalten

Jugend braucht Freiräume – auch Orte zum Abhängen, zum unter Jugendlichen sein und ‚Nichtstun‘. Das ist besonders dort der Fall, wo die Wohnverhältnisse das nicht gut hergeben, oder aufgrund von anderen Belastungen Ansprechpersonen außerhalb der Familie – allen voran der Kontakt zu Freunden – besonders wichtig sind. Als wichtige Treffpunkte für Kinder und Jugendliche muss es Jugendzentren, Sportstätten, Abenteuer-spielplätzen und ähnlichen Einrichtungen daher ermöglicht werden auch während einer Pandemie für Jugendliche offen zu stehen. Diese haben sich einen Vertrauensvorschuss und kreative Lösungen verdient: In Wien wurde beispielsweise über Partyzonen und die Kontrolle von Corona-Regeln nicht durch Polizei und Ordnungsamt, sondern durch Jugendarbeiter_innen diskutiert.

„Junge Menschen werden aus der Stadt und öffentlichen Räumen vertrieben, Jugendfreizeiten können nur unter Einschränkungen durchgeführt werden, während an anderer Stelle in den Gärten der Vorstädte Grillpartys stattfinden.“

Almut Grossmann, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende im FES-Podcast „Zukunft gerecht“



Gestaltungsspielräume sind wichtig, aber auch eine ausreichende und langfristig gesicherte Finanzierung von Jugendarbeit. Die JuCo-Studie zeigt darüber hinaus, dass nur noch die Hälfte derjenigen, die vor Corona Angebote der offenen Jugendarbeit wahrgenommen haben, dies weiterhin tun. Es wird schwierig sein diese Jugendlichen wieder zu erreichen.

Ausblick: In Zukunft mit uns!

Anstatt nur mit Bedauern auf die jungen Menschen zu schauen und alles durch die Brille entstandener Defizite zu betrachten, sollten Erwachsene auch deren Leistung, Durchhaltekraft und Solidarität anerkennen und Respekt zollen. Zudem gilt es Kinder- und Jugendpolitik als wichtiges politisches Handlungsfeld in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Nach der ‚Ba-

zooka‘ für die Wirtschaft, sind Soforthilfen und nachhaltige Lösungen für die jetzige sowie kommende junge Generationen nötig: Dazu gehören die immer wieder betonte bessere finanzielle Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Freizeitangeboten aber auch Lösungen, um die Mitbestimmung junger Menschen zu ermöglichen und die dafür notwendige Infrastruktur abzusichern und auszubauen.

„Insgesamt hat die jüngere Generation das sehr gut mitgetragen und das ist sehr zu würdigen.“



Sönke Rix, MdB, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im FES-Online-Dialog „Ungehört!“

Kurz- und mittelfristig muss es um das Nachholen von Lernrückständen, die Wiederherstellung jugendspezifischer Räume, die Reduzierung von Bildungsbenachteiligung und den Ausgleich psychosozialer Folgen der Corona-Pandemie gehen. Erfolgreiche Ansätze sollten über die Krise hinaus genutzt und weiterentwickelt werden. Unterstützungsangebote – insbesondere in Bezug auf die Sicherung von Basiskompetenzen, die Förderung selbstregulierten Lernens und die Nutzung digitaler Werkzeuge – müssen längerfristig bestehen bleiben müssen längerfristig bestehen bleiben, zudem müssen Freiräume geschaffen werden, in denen Heranwachsende sich sicher fühlen und ausprobieren können. „Ungleiches ungleich behandeln“ muss hierbei insgesamt gelten, d.h. je schwieriger die Ausgangslage, desto mehr Unterstützung muss es geben.

Jugend ist vielleicht nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Ihnen stehen aber noch sämtliche Folgen der großen Probleme unserer Zeit bevor. Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie an der Lösung dieser Probleme in einem ernsthaften Diskurs beteiligt werden.



Yannick Becker, Landeschüler_innenvertretung Rheinland-Pfalz im FES-Podcast „Zukunft gerecht“

Darüber hinaus muss es auch um einen anderen Blick

auf Kinder und Jugendliche gehen. Das ist vor allem eine Einstellungssache und eine Frage der Zusammenarbeit der politischen Ebenen. Ziehen sie an einem Strang? Gibt es genügend Austausch? Sind Programme und Ansätze aufeinander abgestimmt? Erst wenn diese Fragen positiv beantwortet werden, können die Ressourcen sinnvoll eingesetzt und ein Wandel in die richtige Richtung kann geschehen. Die Corona-Krise hat vielen vor Augen geführt, was schlecht läuft. Sie hat aber auch gezeigt, wie schnell etwas geändert werden kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Die Hoffnung besteht, dass als positive Folge Kinder- und Jugendpolitik – und Kindern und Jugendlichen selbst – wieder mehr Aufmerksamkeit zuteil wird.

Über die hier genannten Maßnahmen hinaus können die Folgenden dazu beitragen, dass Jugendliche bei zukünftigen Krisen nicht wieder einfach übersehen werden:

- **Eine Enquete-Kommission Jugendpolitik in der nächsten Legislaturperiode.** Diese kann der jugendpolitischen Neuausrichtung den Weg bereiten und die Jugendstrategie des Bundes weiterentwickeln. Die Kommission sollte darüber hinaus krisenfeste Möglichkeiten zur Beteiligung von Jugendlichen vorschlagen – etwa bundeslandspezifische Jugendbeteiligungsstrategien.
- **Die Verstetigung des ‚Jugend-Checks‘.** Dieser kann einen gewichtigen Teil zu einer jugendgerechten Politik und Gesetzgebung beitragen. Die Prüfung der Auswirkung von Gesetzen auf die Lebenslagen junger Menschen wird seit 2017 als Teil der Bundesjugendstrategie vom Kompetenzzentrum Jugend-Check durchgeführt. Allerdings ist der Check bisher nicht gesetzlich verankert und nicht ausreichend finanziert. Beides ist nötig, um die Lebenslagen und Zukunftsinteressen junger Menschen – von der Bildungs- bis zur Klimapolitik – bei allen politischen Maßnahmen mit einzubeziehen und Auswirkungen abzuschätzen.
- **Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ verstetigen.** Das Programm hat wichtige finanzielle Unterstützungen geleistet und gezeigt, dass der vehemente Einsatz

von Jugendlichen und jugendpolitischen Akteuren die vermisste Aufmerksamkeit an höchster politischer Stelle erzeugen kann. Allerdings darf es dabei nicht bei einem einmaligen Engagement bleiben.

Zum Schluss hatten die an der Veranstaltung teilnehmenden Jugendlichen noch einen wichtigen Rat für Politiker_innen: Diese sollten sich mehr direkt mit Jugendlichen austauschen und nicht nur über sie reden. Ein solcher Austausch kann nur gewinnbringend sein – für beide Seiten.

Quellen

Andresen, S., Heyer, L., Lips, A., Rusack, T., Thomas, S., Schröer, W., Wilmes, J. (2021). *Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/das-leben-von-jungen-menschen-in-der-corona-pandemie-1>.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2021). *„Fragt uns 2.0“ – Corona-Edition*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/fragt-uns-20>.

BMBF, BMFSFJ (2021). *Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in 2021 und 2022*. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmel-dungen/de/kinder-und-jugendliche-nach-der-corona-pandemie-staerken.html>.

BIBB, Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2021). *Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2020. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September*. <https://www.bibb.de/dienst/veroeffentlichungen/de/publication/show/17253>.

DGB-Jugend, Deutscher Gewerkschaftsbund Jugend (Hrsg.) (2021). *Corona-Ausbildungsstudie. Sonderstudie zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die duale Berufsbildung*. <https://www.dgb.de/bundestags->

[wahl-2021/wahlcheck/bildung/++co++1afed10c-04d5-11ec-9610-001a4a160123](https://www.fes.de/wahl-2021/wahlcheck/bildung/++co++1afed10c-04d5-11ec-9610-001a4a160123).

FES, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2021). *Lehren aus der Pandemie: Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern*. Stellungnahme der Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 21. JANUAR 2021. <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung/lehren-aus-der-pandemie>.

IAB, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2021). *Jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb könnte im kommenden Ausbildungsjahr krisenbedingt weniger Lehrstellen besetzen*. <https://www.iab-forum.de/jeder-zehnte-ausbildungsberechtigte-betrieb-koennte-im-kommenden-ausbildungsjahr-krisenbedingt-weniger-lehrstellen-besetzen/>.

SORA, Institute for Social Research and Consulting (Hrsg.) (2021). *Generation Corona?!*. <https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/generation-corona-1053.html>.

Die Autor_innen

Lukas Daubner ist Soziologe. Er hat an der Universität Bielefeld promoviert und war Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kerstin Ott ist Erziehungswissenschaftlerin. Sie leitet in der Friedrich-Ebert-Stiftung den Arbeitsbereich Jugend und Politik.

Franziska Schmidtke ist Politikwissenschaftlerin. Sie ist Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung im Landesbüro Thüringen.

Weiterlesen & Hören

1) Podcast: *Zukunft gerecht - Der FES-Podcast*, Folge 12: Jugend und Corona. The Lost Generation? <https://soundcloud.com/fesonline/12-zukunft-gerecht-i-jugend-und-corona-the-lost-generation> – mit jungen Stimmen sowie Expert_innen aus Jugendarbeit und Bildungspolitik.



2) Veranstaltungsseite: Online-Dialog „Ungehört! Das fordern junge Menschen von der Politik in der Corona-Pandemie“ www.fes.de/lnk/ungehoert – mit Programm und Mitwirkenden sowie Ergebnissen der Policy Labs, auf die die Handlungsvorschläge in dieser Veröffentlichung zurückgehen.



Impressum | Herausgeberin: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. | Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Deutschland | E-Mail: info@fes.de | Registernr.: VR2392 | Vereinsregister Bonn | Amtsgericht Bonn | Vorsitzender: Martin Schulz | Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Sabine Fandrych | Redaktion: Dr. Franziska Schmidtke, FES Thüringen & Kerstin Ott, FES Jugend und Politik | Kontakt: forumjugend@fes.de | Redaktionelle Mitarbeit: Henning Knippelmeyer | Gestaltung & Lektorat: Eva-Sophie Mörschel, EM Coaching & Content Creation | Druck: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) | Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Bildnachweise: Veranstaltungs Screenshot, FES; Covid 19 Streetart, Adam Niescioruk/Unsplash; Sönke Rix/www.soenke-rix.de; Wolfgang Schröer/Universität Hildesheim; Almut Grossmann/www.nrwspd.de; Diana Lehmann/www.diana4spd.de; Vincent Spieer/privat; Eric Schley, Thomas Range/DGB; Martin Pfaffenrott/FES; Judith Holle/policylab.de; Podcast Grafik, FES; Ungehört! Grafik, FES.

ISBN 978-3-96250-974-3

© 2021